

12. Februar 1917.

# Wiener Rathaus-Korrespondenz.

Herausgeber und verantw. Redakteur Franz Michieu  
Wien, I., Neues Rathaus.

27. Jahrg. Wien, Montag, 12. Februar 1917. Nr. 55.

**Bürgerklub.** Unter dem Vorsitze des Oberkurators von Steiner fand heute eine Sitzung des gemeinderätlichen Bürgerklubs statt, welche sich eingehend mit den durch die Kohlenknappheit erzwungenen Maßnahmen der Einstellung des städtischen Straßenbahnverkehrs befaßte. An der Debatte beteiligten sich die Herren Gemeinderäte Spalowsky, Dr. Klotzberg, Kunschak, Dr. Stich, Goldeband, Hötzel, Josef Müller, Ullreich, Gussenbauer, Philp, Schimek, Breuer und Angermayer. Nach eingehender Begründung der gestellten Anträge durch den Direktor der städtischen Elektrizitätswerke Karel und des Direktors Spängler der Wiener städtischen Straßenbahnen wurden die im Gegenstande gestellten Stadtratsanträge angenommen.

W I E N E R G E M E I N D E R A T.

Sitzung vom 12. Februar.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung nach halb 6 Uhr und begründet den verspäteten Beginn damit, daß bis jetzt der Bürgerklub beraten habe.

Der Bürgermeister hält dem heute verstorbenen Gemeinderate Karl Moritz Mayer folgenden Nachruf, der von der Versammlung stehend angehört wird:

Heute nachmittags ist mir die traurige Kunde zugekommen, daß unser sehr verehrter Kollege Karl Moritz Mayer im 73. Lebensjahre verschieden ist. Gemeinderat Karl Moritz Mayer wurde im Jahre 1887 vom zweiten Wahlkörper des 2. Bezirkes in unsere Körperschaft entsendet, gehörte ihr zunächst bis zum Jahre 1906 an und wurde sodann im Jahre 1910 vom 1. Wahlkörper des zweiten Bezirkes wiedergewählt, so daß er mit einer kurzen Unterbrechung fast 30 Jahre Mitglied des Wiener Gemeinderates war. Im Gemeinderate hat er sich in hervorragender Weise betätigt. Ich erinnere mich seiner vielfachen Reden als Debatter in allen Budgetverhandlungen dieser Körperschaft und jener Zeit, als er Referent für das Budget war. Durch sein konzilianthes Wesen hat er sich die Sympathien aller seiner Kollegen ohne Unterschied der Partei zu erringen gewußt und wenn er als Redner hervortrat, so waren seine Ausführungen stets von sachlichen Motiven geleitet. Dazu half ihm insbesondere sein profundes Wissen auf dem Gebiete der städtischen Finanzverwaltung und wir anerkennen dankbar seine Tätigkeit im Wiener Gemeinderate. Auch dem Stadtrate gehörte er vom Jahre 1891 bis 1895 an und der Gemeinderat hat sein Wirken im Jahre 1914 durch die Verleihung des taxfreien Bürgerrechtes geehrt. Mit aufrichtiger Teilnahme sehen wir einen der Aeltesten aus unserer Mitte scheiden. Wir werden dem Verewigten stets ein ehrendes Andenken bewahren! Möge er nach redlich erfüllter Lebensarbeit in Gottes Frieden ruhen!

GR-Schneider führt in seinem Referate aus: Schon in der letzten Sitzung hat sich der Gemeinderat mit einer partiellen / im Verkehre der städt. Straßenbahnen beschäftigt. Abermals tritt an den Gemeinderat die Notwendigkeit heran, weitere Einschränkungen vorzunehmen. Dieselben sind hervorgerufen durch die bis jetzt unabgewendete Kohlennot. Die Kohle kann in Wien nicht angeführt werden, Deutschland kann auch keine Kohle mehr liefern, weil es Verpflichtungen den Neutralen gegenüber übernommen hat, durch die Zerstörungen der Werke in Siebenbürgen be-

spruchen auch die Staatsbahnen österreichische Kohle. Durch das Erstehen vieler Munitionsfabriken und Industriearbeitsstätten ist der Kohlenmangel bedingt. Auch das rollende Wagenmaterial der Eisenbahnen, welches fast gänzlich fehlt, fällt hier ins Gewicht. Festgefroren in den Achsen und im Schmiermaterial stehen die Eisenbahnzüge auf den Strecken. Die städt. Elektrizitätswerke haben ihren Kohlenbedarf aus verschiedenen Schächten bezogen; im Frieden haben sie einen Vorrat von 60.000 Tonnen gehabt, der bis zu 75.000 Tonnen erhöht wurde, das ist ein 3 monatlicher Bedarf. Damals schon wurden Vorstellungen seitens der Elektrizitätswerke gemacht, dass der Vorrat nicht aufgebraucht werden solle. Alle Vorstellungen, die gemacht worden sind, blieben papierne Erledigungen, die Versprechen wurden nicht eingelöst. die zugesagt wurden. Die Elektrizitätswerke fingen an mit der Kohlenkalamität zu kämpfen. Die städt. Gaswerke begangen den Elektrizitätswerken auszuhelfen, die Vorräte bei den Gaswerken gehen aber, wenn sie fortwährend die Elektrizitätswerke in Anspruch genommen werden, zu Ende. Gegenwärtig ist es bei den Gaswerken noch so, das die Vorräte noch 4 Wochen reichen. Wenn aber die städt. Elektrizitätswerke Zuschüsse bekommen, so laufen auch da Gefahr, dass die städt. Gaswerke zu einer Reduktion oder gar zum Stillstande kommen.

Die Leistungen des Elektrizitätswerkes verteilen sich folgend ermassen. Für die Beleuchtung entfällt ein Teil, für die Strassenbahnen drei Teile und für die Industrien vier Teile, Sie sehen, dass die Elektrizitätswerke für die Industrien und namentlich für die vielen neu hinzugekommenen Industriene, die sich mit der Munitionserzeugung beschäftigen, das Meiste zu leisten haben. Die Werke mussten täglich schon an Ersparungen denken und wenn eine weitere Einschränkung der Stromerzeugung eintreten müßte, würde sie auch die Industrie treffen, was wir derzeit kaum tun können. Deshalb müssen wir daran denken, andere Einschränkungen vorzunehmen. Das Werk Ebendorf-Zillingdorf sollte im Jahre 1915 vollendet sein, wir kamen in die Kriegszeit hinein und unsere Anforderungen an Maschinen und Materialien blieben unerfüllt. So fehlen uns heute noch Dampfturbinen, die einfach nicht zu erhalten sind. Überdies aber sind uns auch vom Aerar die wichtigsten Bestandteile aus Kupfer und Blei beschlagnahmt. Die Hochspannleitung von Ebendorf nach Wien konnte aus denselben Gründen nicht gebaut werden und nur nach langen Verhandlungen konnte man als junktim für Stromlieferungen an das Arsenal die eine Hälfte begonnen. Die Kohlegewinnung im Zillingdorfer Werk erfolgt im Tagbau und Tiefbau. Gegenwärtig kann nur ersterer betrieben werden, weil der letztere noch nicht ausgestaltet ist und wir die nötigen Arbeitskräfte nicht haben. Auch die Beschaffung von rollendem Material ist äusserst schwierig. Nun hat das Elektrizitätswerk nurmehr einen Vorrat von Kohlen, der auf 4 Tage reicht, und nachdem das Gaswerk den Elektrizitätswerkene seine Unterstützung nicht gewähren kann, muss die Abgabe von Strom an die Strassenbahnen eingeschränkt werden. Die erste Einschränkung, die wir vor wenigen Tagen hier beschlossen haben, erzielte nur ein Ersparnis von 15 % im Stromverbrauch, das ist für den Kohlenmangel viel zu wenig. Wenn die städt. Strassenbahn andere Einschränkungen vornehmen würde, als jene, über welche wir zu beschliessen haben, so würde damit nicht viel erreicht. Durch die Auseinanderrückbildung der Haltestellen, verkehren heute 850 Züge im Tag, die noch immer 150.000 Kilowattstunden Strom verbrauchen. Das Herrschende Frostwetter ermöglicht überhaupt nahezu keine Stromersparnis, da die Schienen vereist sind und ein viel grösserer Kraftaufwand notwendig ist, zumal ja auch die Wagen überaus stark besetzt sind. Es gibt daher nur 2 Möglichkeiten einer weiteren Einschränkung. Die eine besteht in der Verkürzung der Linien an den Endstationen und Auflösung von Parallellaufenden Linien,

die 2. in einer zeitlichen Einschränkung des gesamten Verkehrs. Was die erste Möglichkeit betrifft, so wollten wir davon absehen, weil sie eine viel ungleichere Belastung der Bevölkerung darstellen würde, indem nur diejenigen getroffen würden, die in den äusseren Bezirken wohnen, würden Parallellinien eingestellt, z. B. jene in der Gumpendorferstrasse, so würde das wieder den Verkehr in der Mariahilferstrasse allzusehr überlasten. Eine partielle Einschränkung würde überhaupt eine geringe Ersparnis bedeuten. So bleibt uns nur die einzige Möglichkeit, den Verkehr zeitlich einzustellen. Es ist gedacht, dass der Frühverkehr sowie er jetzt ist, uneingeschränkt bleibt bis 9 Uhr vormittags aufrechterhalten bleibt und um 5 Uhr nachmittags wieder aufgenommen wird, damit die arbeitende Bevölkerung zu und von den Arbeitstätten kommen kann. Der Verkehr soll um 9 Uhr abends geschlossen werden und zwar so, dass um diese Stunde die Wagen den Ring verlassen und um 8 Uhr von den Endhaltestellen von der Peripherie wegfahren. Nurdiese Massregel würde eine Ersparung von 40 % an Kohle ermöglichen. Jede andere Einschaltung würde

wieder eine ganz bedeutende Verringerung dieser Ersparnis bedeuten. Wir können unmöglich etwas anderes empfehlen, weil wir sonst Gefahr laufen, dass wir in absehbarer Zeit den Verkehr in noch einschneidender Weise einschränken müssen und die Bevölkerung noch härter treffen würde. Ich kann deshalb nur empfehlen, den Antrag, den ich im Namen des Stadtrates vorzulegen die Ehre habe, anzunehmen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Der Gemeinderat hat die Beratung über die Strassenbahnfrage zu führen, aber eigentlich ist es eine Frage des städtischen Elektrizitätswerkes und ich lege Wert darauf, dass den Herren von der berufenen Seite Herrn Direktor Karel in voller und uneingeschränkter Weise Aufschluss gegeben wird. Herr Direktor, ich bitte Sie noch einmal uneingeschränkt und rückhaltslos die Wahrheit zu sagen.

Der Direktor der städt. Elektrizitätswerke, Ing. Karel führt aus: Unsere Kohlenvorräte sind zu Ende. Wir haben stets mit Aufgebot grosser finanzieller Mittel und bedeutender Interkalarlinie darnach getrachtet grössere Vorräte zu haben, wir hatten sie auch für 2 manchmal sogar für 3 Monate. Im Frieden, vor Ausbruch des Krieges, betragen unsere Vorräte 60.000 Tonnen. Als der Krieg ausbrach war es die unausgesetzte Sorge der Direktion das rechtzeitig möglichst viel Kohle hereinkommt und es ist uns auch gelungen, diese Vorräte im Jahre 1915 durch unausgesetzte Fürsorge auf 75.000 Tonnen zu steigern. Auch im Jahre 1916, trotzdem infolge der Kriegsindustrie auch der Verbrauch der Elektrizitätswerke riesig steigerte, waren die Vorräte noch ganz zufriedenstellend und betragen anfangs September 70.000 Tonnen, d. s. Vorräte für nahezu 3 Monate. Von da ab nahm der Kohlenvorrat in dem Elektrizitätswerk stetig ab und zwar in einem so beschleunigten Tempo, weil durch den Einbruch der Rumänen in Siebenbürgen die Bergwerke in Petrosenyi, welche die ungarischen Staatsbahnen mit Kohlen versorgten ausser Betrieb gesetzt und später von den Rumänen zerstört wurden. Infolgedessen mussten zuerst die österreichischen und dann auch die deutschen Gruben den Ungarn beispringen und dies geschah auf Kosten der österreichischen Konsumenten. Die Oberschlesischen Gruben reduzierten die Kohlenlieferung nach Oesterreich und da die österreichischen Gruben für Ungarn und seine Industrie stark in Anspruch genommen waren, fielen unsere Vorräte sehr rasch. Die städt. Elektrizitätswerke beziehen ihre Kohle aus einer ganzen Menge von Revieren, aus dem preuss. schlesischen fast die Hälfte ihres Bedarfes. Als nun unsere Vorräte zu sinken begangen, wurde nichts verabsäumt um bei den zuständigen Behörden eine bessere Lieferung zu erlangen. Schon früher wurde Kohle auf Grund der bekannten Ministerialverwaltung angesprochen, es wurde uns auch einezeitlang zugeteilt und als dann die Reduktion Lieferung eintrat haben wir urgiert. Wir haben uns an das Ministerium für öffentliche Arbeiten

2  
gewendet und haben ersucht, dass uns Extrazüge aus preuss. Schlesien zur Verfügung gestellt werden. Es geschah dies, wir haben eine zeitlang wieder Kohlen bekommen, dann wurde die Lieferung neuerlich eingestellt. Wir haben abermals urgiert, wir richteten eine Eingabe an das Arbeitsministerium der Bürgermeister war beim deutschen Botschafter, es wurde bei der Zentraltransportleitung interveniert und in verschiedenen Abteilungen des Reichs-Kriegs-Ministeriums vorgesprochen. Der Bürgermeister hat eine Zuschrift an den Reichs-Kriegsminister gerichtet, in welcher mitgeteilt wurde von welchen katastrophalen Folgen die Nichtanlieferung von Kohle begleitet sei und schliesslich ist man an die oberste Heeresleitung herangetreten. Es wurde auseinandergesetzt, dass die Strassenbahnen ihren Betrieb ihren Strom-Betrieb werden einstellen müssen, dass die Lieferungen für die Kriegs-industrie werden aufhören müssen, dass verhängnisvolle Folgen für die ganze Kriegsführung eintreten werden. Alle diese Bemühungen hatten den Erfolg, dass in der letzten Sitzung der Kohlenkommission die Elektrizitätswerke aus der Belieferungsklasse II in die Klasse I versetzt wurden. Die Vertreter der österreichischen Gruben haben loyal erklärt, die Elektrizitätswerke brauchen dringend die Kohle und haben selbst den Antrag gestellt, dass mit Rücksicht darauf, dass die Klasse I auch nichts erhält die E. W. in die Klasse Ia kommen. ~~Seitdem Herr Lehmann hat sich dafür ausgesprochen, der Vertreter des Kriegsministeriums hat sich jedoch gegen den An-~~

Das Reichskriegsministerium hat beim Kriegsamt in Berlin interveniert, dass die Elektrizitätswerke in der größten Not sind und dass das Amt Rücksicht auf die Folgen nehmen und dass sie Kohle aus Preussisch Schlesien bekommen mögen. Die Oberste Heeresleitung hat mitgeteilt, dass die Zentraltransportleitung auf die tunlichste Waggonbeistellung zu sehen habe. Das alles hat nichts genützt. Bis jetzt sind nicht mehr Kohlen eingelangt, alles blieb auf dem Papier. Bevor ich den entscheidenden Antrag gestellt habe, habe ich mich nach Ostrau gewendet, um zu erfahren, wie es mit der Waggonbeistellung stehe. Da wurde mir mitgeteilt, dass der betreffende Schacht 150 Kohlenwaggons täglich bekommen sollte, dass aber bis 11 Uhr vormittag nur 6 Waggon eingestellt wurden. Der Kohlenbedarf der Elektrizitätswerke betrug 120 Waggon täglich, in der stärksten Zeit 140 Waggons. Die Herabminderung ist eine Folge der langen Tage und der erfolgten Ersparungsmaßnahmen. Die deutschen Gruben lieferten nicht mehr und wir sind gesunken auf einen Stand von 300 Waggon Schwarzkohle und 400 Waggon Braunkohle. Daher mussten radikale Ersparungsmaßnahmen erfolgen. Die Sparmaßnahmen in der Beleuchtung haben einen moralischen Zweck. Sie sollen zeigen, dass Jeder daran teilnehmen will. Für die Elektrizitätswerke aber haben sie keinen Effekt, denn sie machen täglich nur 3 Waggon aus. Uebrigens muss ich der Bevölkerung das Zeugnis ausstellen, dass alle aus einem natürlichen Grunde schon gespart haben. Die Beleuchtung ist auf die Hälfte der Friedenszeit herabgesunken. Die Einstellung der Theater und Vergnügungs-Etablissements hat auf die Kohlenersparnis der Elektrizitätswerke keinen Effekt. Wenn in Wien sämtliche Theater und Vergnügungsorte eingestellt werden und sämtliche Gast- und Kaffeehäuser um 10 Uhr geschlossen werden, so macht das nicht einmal einen Waggon täglich aus. An und für sich stellt sich das Verhältnis der Stromabgabe für die verschiedenen Zwecke in folgender Weise dar: 1. Theater, Vergnügungsorte u.s.w., 2. Strassenbahn, 3. motorische Zwecke. Wenn wir sparen wollen, so lässt sich bei Punkt 1 nichts ersparen; man kann nicht sagen: Schränken Sie die Beleuchtung ein. Nur bei der Strassenbahn und bei der Abgabe für motorische Zwecke kann gespart werden. Bei letzterem verhindert es die Erzeugung von Kriegsmaterial, schafft Arbeitslosigkeit, etwas furchtbares bei den jetzigen Zeiten. Was die Strassenbahn anbetrifft, so sollen die Einschränkungen in der Mittagszeit alle treffen. Durch die Einschränkungen werden 40 % des Stromkonsums erspart. Wir haben vorgeschlagen, die

Einstellung des Strassenbahnverkehrs von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends und nach halb 9 Uhr abends, die Einstellung des Strombezuges für motorische Zwecke von 6 Uhr abends bis 7 Uhr früh. Das sind Massnahmen von grosser Konsequenz. Ich weiss, dass dies sehr schwer ist, es bleibt mir aber nichts anderes übrig, als das zu beantragen. Ihr heutiger Beschluss soll ein Notschrei sein, er soll zeigen, dass der Wiener Gemeinderat namens der Wiener Bevölkerung in der Opferwilligkeit bis zur äussersten Grenze geht. Indem er dies zeigt, erwirbt er sich ein Recht darauf, dass die maßgebenden Kreise wirklich darauf sehen (lebhafteste Zustimmung), dass wir soviel Kohle bekommen, dass nicht auch noch neben der Schädigung der Bevölkerung die schwersten Folgen für die Kriegs-industrie entstehen und die bösesten Konsequenzen eintreten. Ich bitte Sie, diesen Antrag anzunehmen und ich hoffe, dass die Elage, die über die Bevölkerung hereinbricht, bald wieder behoben werden wird.

GR. Dr. Loewenstein: Der Herr Direktor Karel hat darauf hingewiesen, dass die heutige Massnahme nichts anderes als ein Notschrei sei, und diesbezüglich an die Bevölkerung appelliere. Ich glaube, dass es keinen einzigen Wiener geben wird, der nicht bereitwilligst auch dieses Opfer brächte, wenn es heisst, dem Lande das zu geben, was es jetzt braucht und es ist kein Einziger im Hinterlande, der nicht von derselben Begeisterung erfüllt wäre, wie die draussen im Felde kämpfenden Krieger. Wenn wir aber heute einen diesbezüglichen Beschluss fassen sollen, so muss es vor allem Wunder nehmen, dass eine derartige Massnahme in einem Momente erfolgt, wo der Wiener Gemeinderat vor kaum 6 Tagen zu einer Beschlussfassung versammelt war, ohne dass uns schon damals diese Situation bekannt gegeben worden wäre.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner: Darf ich unterbrechen. Am 3. Februar war ich mit den Obmännern des Gemeinderates Dr. Hein, Reumann und Steiner beim Arbeitsminister, welcher mit voller Offenheit den drei Obmännern Aufschluss gegeben hat.) lebhafteste Zustimmung bei der Majorität).

GR. Dr. Loewenstein: Ich nehme diese Mitteilung zur Kenntnis. Ich muss aber darauf hinweisen, dass uns Direktor Karel soeben gesagt hat, dass bereits im September sich die Ueberzeugung Bahn gebrochen hat, dass die vorhandenen Kohlenmengen keine ausreichenden mehr sind. Wenn daher diese Massnahme vorauszusehen war, wäre es wohl am Platze gewesen, nicht auf einmal derart einschneidende Verfügungen zu treffen, sondern durch allmähliche Drosselung des Stromverbrauches ein längeres Aushalten zu ermöglichen. Es wäre aber auch notwendig gewesen, die Bevölkerung schon viel früher darüber aufzuklären, was ihr bevorsteht. Wir sind selbstverständlich gerne bereit, anzuerkennen, dass Kriegsnotwendigkeiten eine Angelegenheit sind, der sich niemand entziehen kann, aber bei einem so weittragenden Beschlusse muss man doch fragen, ob es nicht möglich gewesen wäre, die Beschränkungen in einer Art durchzuführen, dass nicht so grosse Bevölkerungsschichten so schwer betroffen werden. Gegen eine Einschränkung ist nichts zu sagen, aber gegenüber dem Verlangen, den Betrieb durch eine so grosse Zeitperiode überhaupt einzustellen, wäre es doch notwendig gewesen, in Erwägung zu ziehen, ob nicht die Betriebszeit in den Vormittags- und Abendstunden so weit zu kürzen, dass in der Mittagszeit überhaupt ein Verkehr hoch möglich ist. Man sollte doch bedenken, welche grosse Menge von Leuten durch diese Massnahme in die Unmöglichkeit versetzt werden, ihr Mittagessen einzunehmen. Ich weise da vor allem auf den Arztstand hin. Die Aerzte sind heute zum grössten Teil im Kriegs- und anderen Spitälern beschäftigt, die oft weitab von ihrem Wohnorte liegen. Ich kenne Kollegen, die im Simmeringer Kriegsspital tätig sind und in Ottakring wohnen. Die können doch unmöglich über Mittag zu Fuss nach Hause gehen. Nicht anders geht es den Advokaten die im Laufe eines Vormittags bei verschiedenen Gerichten Tagsatzungen

zu verrichten haben. Von der ungeheuren Zahl der Angestellten in den Banken und anderen Büros will ich erst lieber gar nicht sprechen.

nicht  
Solange/die obligatorische Kriegsküche in unmittelbarer Nähe des Geschäftes eingeführt ist, so lange kann nicht daran gedacht werden eine diesbezügliche, so schwere Aenderung durchzuführen. Mein Wunsch geht dahin, dass der Gemeinderat die Frage in Erwägung ziehen möge, ob es nicht doch möglich wäre in der Zeit von 1 bis 2 Uhr mittags den Strassenbahnverkehr aufrecht zu erhalten. Es ist eine selbstverständliche, patriotische Pflicht, der wir uns alle unterziehen, dass wir die Einschränkung des Strassenbahnverkehrs opfermutig entgegennehmen, ich möchte aber bitten, dass doch jene günstigen Bedingungen erfüllt werden, die zweifellos bei einem guten Willen möglich sind.

GR. Dr. Klotzberg: Ich war im Anfange gegen den Vorschlag einer so bedeutenden Einschränkung, ich habe mich aber belehren lassen und werde für den Antrag stimmen. Ich bin der Meinung, dass wir, wenn wir heute den Verkehr nur reduzieren wollten, doch in einigen Tagen vollkommen damit aufhören müssten. Es ist deshalb besser, wenn wir die Sache gleich im erforderlichen Masse durchführen. Es ist das Eine sicher, dass die Sache nicht von langer Dauer sein kann und wenn uns der liebe Herrgott wieder wärmeres Wetter gibt, wird es ja auch bald wieder besser werden. Bezüglich der Kohlennot haben wir schon Ende 1915 eine grosse Misere gehabt. Was damals Sr. Exzellenz der Herr Bürgermeister zu erleiden hatte, ist ja bekannt, aber die Bevölkerung soll es immer wieder erfahren, dass uns damals Tschirschky nur der verewigte deutsche Botschafter von ~~Korotky~~ geholfen hat. (Zustimmung) Wenn heute nicht mehr Gas erzeugt werden könnte, dann gibt es keine Kapseln, keine Patronen, keine Teerpappe und die Kontrahenten müssten ihre Arbeiten für das Heer einstellen. Wie oft musste damals im Jahre 1915 unser Herr Bürgermeister herumbetteln und die Bevölkerung und gewisse Journale rempeln lediglich immer den Bürgermeister und den Gemeinderat an. Sie sollte eigentlich hören, von den vielen Verhandlungen, welche Sr. Exzellenz der Herr Bürgermeister seit langen mit den Ministerien hatte, wegen Beistellung von Waggons zur Beschaffung von Kohle und deshalb stelle ich den Antrag eine solche Mitteilung mit der wahrheitsgemässen Darstellung der eingeleiteten Schritte in 100000 Exemplaren an die Bevölkerung verteilen zu lassen, damit diese erfährt, dass von Seite des Bürgermeisters, Gemeinderates, Magistrats, alle Vorsorgen getroffen wurde und dass auf die Konsequenzen aufmerksam gemacht wurde, wenn nicht rechtzeitig Kohle herbeigeschafft würde. Die Bemühungen der Gemeinde waren leider ergebnislos, die Gemeinde hat aber ihre Pflicht voll und ganz erfüllt. Die Bevölkerung, die bisher schon so viel gelitten hat, die sich am Morgen anstellen muss um die wenigen gefrorenen Kartoffel zubezukommen die ja auch nur durch Vermittlung Sr. Exzellenz des Herrn Bürgermeisters geschafft werden konnte, sonst hätten wir schon längst gar keine Erdäpfel mehr - wird auch diese Einschränkung hinnehmen. Die Gemeinde hat auf allen Gebieten vorgesorgt, aber die Regierung hat uns im Stiche gelassen. Ich richte an die Bevölkerung den Appell, nachdem sie schon so viel geduldet hat, möge sie auch diese Einschränkung auf sich nehmen und wenn wir wie der besseres Wetter bekommen, dann wird ja auch dieser Uebelstand bald behoben werden können.

GR. Schlechter: Wenn ich mich als contra Redner zum Worte gemeldet habe, so geschieht es nicht deshalb, weil ich dem Schreff gegenübersetze, was unter der Macht der Tatsache geschehen muss. Bis zu einem gewissen Grade müssen wir ja von vorneherein den Antrag annehmen, es lassen sich aber doch vielleicht einige Verbesserungen durchführen. Ich muß da wiederholen, dass noch vor ein paar Tagen am Dienstag der vergangenen Woche, die Lage in einer Weise geschildert wurde, welche ganz entgegengesetzt ist dem, was sich jetzt gezeigt hat. Die Bemerkungen, die damals gemacht worden sind, liessen nicht erwarten, dass die nächste Woche darauf schon solche Einschränkungen bringen würde,

BGM. Dr. Weiskirchner. Der Referent hat es doch gesagt.

3  
GR. Hlbfur: In der letzten Gemeinderatssitzung hat ja Gemeinderat Kunschak bereits den Umstand gestreift, daß der derzeitige Straßenbahnbetrieb in diesem Umfang nicht aufrecht erhalten werden könne und als er sagte, daß die Straßenbahn werde vielleicht in den nächsten Tagen nur morgens, mittags und abends fahren, da wurde das allgemein auch in den Zeitungen als ein sehr sonderbare Auffassung angesehen. Heute sind wir noch in einer viel schlechteren Situation, daß wir uns nämlich nur mit dem Früh- und Abendverkehr begnügen sollen. Von einem Mittagsverkehr ist überhaupt keine Rede mehr. Im Interesse der Bevölkerung muß aber gewünscht werden, daß der Mittagsverkehr aufrecht bleibt und nachdem ich Laie bin möchte ich an die Fachleute die Anfrage stellen, ob es nicht möglich wäre, für diese Mittagszeit verfügbaren Strom zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinde Wien hat doch sicherlich durch rechtzeitige Schlüsse ihren Kohlenbedarf gedeckt und ich möchte nun fragen, ob diese Verträge nicht eingehalten wurden. Jedenfalls müssen wir mit Anerkennung betonen, daß unsere Verwaltung alles Mögliche vorgesorgt hat. Ich begreife die Transportschwierigkeiten umso weniger, als ja gar nicht bekannt ist, daß irgendwo größere Truppenverschiebungen stattfinden, durch welche die Bahnen ihren Aufgaben nicht nachkommen können. Wenn es an dem guten Willen nicht fehlen wird (lebhafter Zustimmung) können die Interessen der Stadt Wien vollständig gewahrt werden.

Hinweisen muss ich auch auf die Schwierigkeiten, unter denen das Gewerbe und die Industrie zu leiden haben. Alle die Einrichtungen, die man getroffen hat, durch Errichtung der Zentralstellen, die haben zu keinem Resultat geführt, als dass alles 10 mal teurer geworden ist. (Lebhafter Beifall). Ich fürchte, dass man auch nach dem Kriege den Versuch machen wird, diese Einrichtungen zu erhalten, und dadurch die Existenz des kleinen und mittleren Gewerbes zu Grunde zu richten. (Lebhafter Beifall). Ich werde mir daher erlauben, in einer der nächsten Sitzungen einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Sie werden es verstehen, warum ich mich contra zum Worte gemeldet habe. Ich habe meine Meinung gesagt. Ich sehe ein, dass von Seite der Verwaltung kein anderer Antrag gestellt werden konnte, und hoffe, dass dieser Zustand nur ein kurzes Interregnum ist und dass bei der Regierung die Einsicht in den Vordergrund tritt, die es möglich macht, diesem Interregnum wieder ein Ende zu bereiten.

GR. Angermayer: Die Gründe, welche uns zu diesen ausserordentlich traurigen Massnahmen führen, sind heute schon Fachmännern klar vor Augen geführt worden. Wir müssen durch eine radikale Aenderung und Ersparnis von 40 % des Kohlenbedarfes zu erreichen versuchen, um über die Zeit der allergrössten Not hinwegzukommen. Allerdings geschieht dies nur in der Hoffnung, dass die Regierung es uns möglich machen wird, durch eine wirklich einsetzende Tätigkeit in eine bessere Lage zu kommen. So wie die Verhältnisse heute liegen, könne nicht anders, als den Betrieb zum Teil einschränken, zum Teil verkürzen. Es ist nun die Frage, wie diese einschneidenden Veränderungen für die Bevölkerung am wenigsten drückend sind. Da sind nun die Ansichten verschieden. Man hat sich insbesondere gegenseitig ausgesprochen, dass eine so grosse Pause im Betriebe eintreten soll und zwar deshalb, weil eine grosse Anzahl von Arbeitern und Beamten, die weit von ihrem Arbeitsorte wohnen, dadurch in die gefährliche Lage versetzt werden, sich die nötige Nahrung zu verschaffen. Die Frage ist der vollen Aufmerksamkeit wert, die ja auch im Stadtrate zugewendet wurde. Da wurden nun 2 Eventualitäten erwogen, wie man diese Pause verkürzen könnte. Nach Ausspruch der Fachmänner würde durch die Einschiebung des Verkehrs in der Mittagszeit der Zweck der Vorstellungen erhoben werden, dass die jetzige Arbeitsordnung insofern abgeändert wird, dass die Arbeitspause von 2 Stunden aufgehoben

Ersparnis verloren gehen. Es blieb daher nicht anderes übrig, als eine weitere Aenderung ins Auge zu fassen, indem man den Abendverkehr ganz ausschaltet. Es handelt sich nun darum, von diesen 2 Uebeln das kleinere zu wählen und da glaube ich, dass die Auflassung des Mittagverkehrs noch das kleinere wäre. Denn wenn Sie bedenken, dass der Arbeiter bei höchst-unsicherem Verkehr der Strassenbahn, dass er auch die Zeit richtig bewältigen kann, so wäre das eine derartige Hetze, dass die Einnahme des Mittagmahles keine Erholung mehr wäre. Es wäre aber eine ungeheure Schwierigkeit für den Arbeiter, der seit 5 Uhr früh von zu Hause weg ist und ~~sich~~ die Hetzerei mitzumachen habe, wenn er um 7 Uhr abends den Weg nach Hause zu Fuss zurücklegen sollte. Wir haben uns dafür entschlossen, dass der Mittagverkehr aufgelassen werden solle und dass die Leute am Abend mit der Strassenbahn befördert werden können. Deshalb glaube ich, dass irgend etwas geschehen soll, dass dieses harte Los ~~nicht~~ in einer Weise geändert werden soll. Ich glaube nun vor allem, dass wir uns an den Herrn Bürgermeister wenden sollen, dass er bei seiner nächsten Vorsprache bei den massgebenden Faktoren dies zum Ausdruck bringe, damit wieder der Mittagverkehr aufgenommen werden könne. Dann müßte auch eine Aenderung in der Arbeitszeit selbst eintreten, denn mit den 2 Stunden Mittagspause sei für den Arbeiter nicht viel anzufangen. Ich möcht daher einen Antrag stellen und bitte zu beschliessen, dass auch und nur eine kleine Erholungspause eingeschaltet werde, und dass dann der Arbeiter umsofrüher seine Arbeit verlassen könne.

Wir haben eine Reihe von Bittgängen zu den massgebenden Faktoren angetreten und haben auf die Folgen hingewiesen, welche eintreten müssen, wenn die Ursachen nicht beseitigt werden. Bis heute ist nichts geschehen, es erfolgt immer nur Verprechungen. Die Regierung soll sehen, dass jetzt noch der letzte Augenblick ist, in dem noch geholfen werden kann. Dieses spezifisch österr. System des Fortwurtelns muss ein Ende haben. Redner stellt schliesslich folgende Anträge:

1. In der Arbeitszeit hat in den Betrieben und Geschäften eine Abänderung insofern einzutreten, dass die Mittagszeit von 1 oder zwei Stunden entfällt und nur eine Erholungspause von kurzer Zeit eingeführt werden soll. Um diese während der Mittagspause durchgeführte Arbeitszeit muss die Arbeit am Abend früher geschlossen werden.

2. Der Gemeinderat ersucht den Bürgermeister bei der morgigen Vorsprache bei den Ministerien auf die unbedingte Notwendigkeit hinzuweisen, dass ein Mittagverkehr eingeführt wird und dass jenes Quantum von Kohle sofort zur Verfügung gestellt wird, damit dieser Verkehr ehe baldigst aufgenommen werden kann. (Lebhafter Beifall)

GR. Hohensinner: Wir Grosstädter leiden viel mehr unter dem Krieg als die übrige Bevölkerung. Eine Grosstadt ohne Verkehrsmittel ist kein Organismus mehr, er ist bloß eine Aneinanderreihung von Häusern. Ich möchte nicht bloß gegen den Bürgermeister den Vorwurf erheben, sondern gegen alle in Betracht kommende Faktoren, dass wir von allen diesen Dingen immer zuspät benachrichtigt werden. Wir hören immer, Paris friert, Petersburg hungert, wir Wiener aber werden wie Kinder behandelt, obwohl wir während des Krieges gelernt haben den grössten Leiden kühn und trotzig ins Auge zu schauen. Insbesondere trifft die Zensur der Vorwurf, dass sie die ganze Bevölkerung wie unreife Kinder behandelt.

Wir werden wieder vor eine vollzogene Tatsache gestellt. Wenn wir schon vor 8 Tagen von der Verkehrseinschränkung gewusst hätten, dann hätten die Unternehmungen und Fabriken Gemeinschaftsküchen einführen und jeder einzelne ein Arrangement treffen können. Die BetriebsEinstellung hat eine gewaltige Wirkung auf das öffentliche und Wirtschaftsleben es werden nicht nur die Arbeiter betroffen, sondern auch Advokaten, Ärzte alle Angestellten und viele sonstige Personen.

Ich meine, wenn nur ein Hauch der Möglichkeit vorhanden ist, sollte man den Betrieb zur Mittagszeit aufrecht erhalten. Ich möchte deshalb einen Antrag stellen, der wie ich glaube im allgemeinen Interesse liegt, wenn auch deshalb die Beamten über mich herfallen werden. Dieser Antrag geht dahin, den Betrieb in den Morgenstunden statt bis 9 Uhr nur bis halb 9 Uhr zu führen und erst um 6 Uhr zu beginnen. So würden eineinhalb Stunden gewonnen, und die Einschränkung bedeutete nicht eine so katastrophale Umwälzung unseres ganzen Lebens. Weiters möchte ich mir den Antrag erlauben, den Tag des Beginnes der Einschränkung auf den 20. zu verschieben. (Zwischenrufe: Der Kohlenvorrat reicht doch nur auf 4 Tage). Der Redner richtet an den Referenten die Anfrage, ob die Rundfahrten zu den Vollbahnhöfen auch den Anschluss an die Stammersdorfer Bahn vermitteln werden, weil dort sehr dichtgefüllte Züge noch in den späten Abendstunden ankommen. Es ist wiederholt gesagt worden, schließt Redner, daß man alle Mittel versucht habe, um bei den massgebenden Faktoren Gehör zu bekommen, daß man aber immer wieder taube Ohren gefunden habe. Dr. Klotzberg hat deshalb auch einen Antrag gestellt, den ich gewiß unterstützen werde. Aber einmal sollte doch der Bürgermeister sagen, er übernehme keine Verantwortung mehr und solle androhen, daß er und sämtliche Gemeinderäte ihre Mandate zurücklegen. Die Regierung soll selbst sehen, wie sie der Schwierigkeiten Herr werden wird. Es ist schon sehr schwer, die Verantwortung vor der Bevölkerung zu tragen, für alle die Unterlassungssünden, die von anderen begangen werden. Ich glaube ein solches Wort würde man schon hören und ich bitte den Herrn Bürgermeister, dies zu erwägen. Wir stehen in diesem Falle hinter ihm. Legt er sein Mandat zurück, so würde es im selben Augenblicke auch keinen Gemeinderat mehr geben. (Beifall bei den Parteigenossen.)

VBGM- Hierhammer übernimmt den Vorsitz-

Zu den grossen Schwierigkeiten mit der Approvisionnement kommt jetzt auch noch, diese entsetzliche Kohlennot, welche die Bevölkerung in die Möglichkeit versetzt nicht nur ihre Wohnungen nicht mehr erwärmen sondern auch ihre Kochherde nicht mehr heizen kann. Darunter leidet die ganze Bevölkerung schwer, mit Ausnahme jener, die überhaupt noch nichts im Kriege gelitten haben, nämlich die schwer-verdienenden Kriegslieferanten. Wenn in den nächsten Tagen keine grossere Kohlenzufuhren einlangen, dann stehen wir tatsächlich vor einer Katastrophe, vor einer vollständigen Erschöpfung des Elektrizitätswerkes. Ich gebe zu dass die Massnahmen, welche heute beschlossen werden sollen, harte sollen-, es wäre aber unrecht, wenn man dem Bürgermeister oder die Gemeindeverwaltung hierfür irgenwie verantwortlich machen wollte-. Wenn GR- Hohensinner vorschlägt, der Bürgermeister solle zum Minister gehen und jede Verantwortung ablehnen, so ist darauf zu erwidern, dass dies nicht einmal, sondern schon etliche 20mal geschehen ist. Die Gemeinde tut alles, was sie glaubt, dass zu einer Abhilfe führt und es wäre ein schweres Unrecht irgendwelche Vorwürfe gegen sie zu erheben-. Es wäre auch nicht am Platze, wenn wir der Regierung jetzt mit der Niederlegung der Mandate drohen würden, denn ich weiss nicht, ob die Regierung darüber sehr erschrecken möchte- (Lebhafte Zustimmung); besonders in einem Momente, wo man immer von der Einschränkung der Autonomie hört und liest. Was würde in diesem Falle übrigens geschehen? An die Stelle der autonomen Verwaltung käme ein Regierungskommissär (Zwischenrufe Ein General) und ob es dann besser würde, möchte ich dahingestellt sein lassen. Ebenso ungerecht wäre es, der Direktion der städt. Elektrizitätswerke einen Vorwurf zu machen. Es waren ständig grosse Vorräte vorhanden.

vorhanden, aber nachdem die Zufuhren immer mehr ausblieben, mussten auch die Vorräte angegriffen werden und schliesslich sind eben auch sie beinahe zu Ende gegangen. Wenn die Kohlenlieferungen wenigstens halbwegs aufrecht geblieben wären, hätten wir unter Zuhilfenahme des Zillingdorfer Werkes, das heute bereits 130.000 Kilowattstunden liefern kann halbwegs auszulangen gefunden. So kamen aber die bekannten Verhältnisse, die alle mitzusammenwirkten, um eine derartige Situation zu schaffen - wir müssen daher in erster Linie von der Regierung mit aller Energie fordern, dass sie in der Anlieferung der Kohle alles tut, was nur irgend menschenmöglich ist.

Wo sollen wir sparen? Bei der Beleuchtung schaut nicht viel heraus.

Eine weitere Einschränkung derselben wird uns keine wesentlichen materiellen Folgen bringen, wohl aber moralische, welche die sein werden, dass die Bevölkerung sieht, dass die Kohlennot nicht nur die armen Leute trifft, sondern dass auch die Reichen davon getroffen werden. Wir müssen darauf dringen, dass die Theater und Varietes geschlossen werden. Sicher ist, dass bei aller Ersparnis der Beleuchtung nicht mehr als 3 Waggons Kohlen erzielt werden; aber auch das muss bewirkt werden.

Wir könnten auch bei der Kraftpromlieferung eine Ersparnis erzielen, das wäre aber sehr gefährlich, denn daran hängt eine Unzahl von Gewerben und Industrien, welche Kriegslieferungen haben, daran hängen aber auch viele Gewerbe, deren Inhaber um ihren bescheidenen Verdienst kommen und die ihre Arbeiter entlassen müssen.

Durch den vorliegenden Antrag können zweiseibentel des Gesamtkonsums der Elektrizitätswerke erspart werden. Der Erfolg ist also ziemlich wesentlich. Ich gebe gerne zu, dass durch diese Massnahme die Bevölkerung uasserordentlich schwer betroffen wird, nicht bloss die Arbeiter, sondern auch das Heer von Angestellten, die in der privaten Industrie und in Aemtern und Unternehmungen tätig sind. Die Einschränkung kann aber gemildert werden, durch die vom Stadtrat Angermayer beantragten Massnahmen, die Mittagszeit zu kürzen und die Arbeitszeit zusammenhängend von früh bis nachmittags zu leisten. Wenn ich die Wahl haben zwischen Aufrechterhaltung des Abendverkehrs oder des Mittagverkehrs so muss ich mich für den ersteren aussprechen, da durch die Auflassung des Abendverkehrs die Bevölkerung nur noch schwerer betroffen werden würde.

Durch dieses Opfer, dass der Bevölkerung auferlegt wird, möge die Regierung zur Einsicht kommen, dass sie alles vorsorge, um den Elektrizitätswerken Kohle zu verschaffen, damit die Strassenbahnbeschränkung in kürzester Zeit wieder aufgehoben werde und wieder erträgliche Verhältnisse auf den Strassenbahnen eintreten. (Lebhafter Beifall).

GR. Reumann: Der heutige Antrag gibt uns Gelegenheit zu prüfen, ob die massgebenden Faktoren ihrer Verpflichtung gegenüber der Bevölkerung nachgekommen sind. Bei der Nahrungsmittelversorgung haben wir die traurigsten Erfahrungen gemacht. Unsere Regierung wurde von der Militärverwaltung vollständig deponiert und wenn einer der Vorredner sagte, der Bürgermeister soll, wenn seine Wünsche nicht Gehör finden, seine Stelle niederlegen und von diesem Schritt eine Besserung erwartet, so meine ich, dass zu einer solchen Ansicht eine grosse Naivität gehört. (Lebhafte Zustimmung). Unser Arbeitsminister ist ein Mann ohne Energie; ist er abhängig von dem Willen der Militärverwaltung. Das ganze Elend, dass dieser unselige Krieg auf die Bevölkerung wälzt, müssen wir ertragen, wir müssen aber den kompetenten Persönlichkeiten sagen, dass wir schliesslich an der Grenze angelegt sind, wo die Tragfähigkeit ein Ende hat und dass eine Katastrophe eintreten kann, die heute nicht vorausgesehen werden kann.

Die gegenwärtigen Verhältnisse führen dazu, dass die Bevölkerung noch mehr physisch herabkommt, als dies bisher der Fall war. Denn nicht nur an der Front gibt es Verletzungen und Verwundungen, sondern auch im Hinterlande hat die Bevölkerung sehr schwer zu leiden infolge jener gänzlich unzureichenden Massnahmen, die bei der Versorgung mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Bedarfsartikeln getroffen wurden. Die Kohlenmisere hat eine ganz eigenartige Vorgeschichte. Wir haben schon lange eine Kohlenmisere gehabt zu einer Zeit, wo wir noch im tiefsten Frieden lebten. Jene kolosalen Steigerungen der Kohlenpreise, die schon vor dem Kriege stattgefunden haben, sind zum grossen Teile auf die Tatenlosigkeit der Regierung zurückzuführen. Man hat sie aufmerksam gemacht, in welchem Zustande sich unsere Bahnkörper befinden, man hat ihr gezeigt, welche grosse Not an Verkehrsmitteln herrscht und man hat ihr auch gesagt, dass Investitionen in dieser Richtung eine dringende Notwendigkeit sind. Das alles wurde nicht beachtet und so haben wir heute schwer an diesen furchtbaren Versäumnissen zu leiden. GR. Dr. Klotzberg hat gemeint, man solle der Bevölkerung Flugblätter geben, die alle die Versäumnisse zeigen, ich glaube so umfangreich können sie gar nicht sein, um all dieses festzustellen. Jetzt in der höchsten Not der Kohlenknappheit sind wir in einer Lage, in der die Ohnmacht derjenigen, welche eingreifen sollen, bereits einen derartigen Grad erreicht hat, dass sie hilflos wie Kinder sind. Aber nicht nur wie Kinder stehen diese Erscheinungen hilflos gegenüber sondern unwissend wie Kinder will man auch die Bevölkerung lassen. Mitten in dieser Not, die durch den Mangel an Hausbrandkohle verursacht wird, kommt nun auch die Nachricht, dass der Strassenbahnverkehr zum Teile eingestellt werden muss, weil nicht genügend Kohle vorhanden ist. Eine Massnahme, die die Bevölkerung furchtbar trifft umso mehr, als ein grosser Teil der Bevölkerung mangelhaft bekleidet ist und Mangel an entsprechendem Schuhwerk herrscht. Wir haben dem Arbeitsminister die Sache klargelegt. Ich habe von jener Aussprache den Eindruck, dass man sich in den Regierungskreisen wirklich nicht zu helfen weiss und dass man sich darauf verlasse, dass ein unvorhergesehener Zufall über die Sache hinweghelfe. Die grossen Kohlenhändler haben schon vor langer Zeit Eingaben an die Regierung gemacht und darauf hingewiesen, dass das anrollende Wagenmaterial den Bedarf Wiens auch nicht annähernd zu decken vermag. Die Regierung hat das gehört, sie konnte aber keine Verfügungen treffen, um den Transportschwierigkeiten abzuhelfen. Was geschehen ist, war, dass man sich sagte, wenn auch der Verkehr etwas geringer ist, wenn auch der Güterverkehr eine gewisse Einschränkung erfahren hat, zu fiskalischen Zwecken kann er noch immer ausgenutzt werden. Es ist eine Erhöhung der Gütertarife eingetreten, welche auf die Kohle verteuern wirkt, zu einer Zeit der furchtbarsten Not. Kann man sich etwas verbrecherisches, eine ärgere Frivolität denken, als gerade dass, anstatt die Notlage der Bevölkerung zum Durchhalten zu mindern, man noch daran denkt, wo noch etwas zum Herauspressen sei. Das an und für sich zeigt uns, dass wir uns eigentlich sagen müssen, eine Hilfe von der Regierung zu erwarten, ist ausgeschlossen. Wir sind leider dazugekommen, dass uns von dieser Seite keine Hilfe geboten wird und das ist ja jene furchtbare Situation, dass wir selbst nicht wissen, was eigentlich zu tun ist, weil dort, wo noch etwas geschehen könnte, nichts geschieht. Wenn es heute gelingt, dass wir dazu gezwungen werden, Frieden zu machen, dann war es nicht jenes Volk, welches in den Waffen steht und kämpft, dann waren es diejenigen, welche die vitalsten Interessen des Staates niemals beachtet haben, weil es Ihnen an der notwendigen Voraussicht gefehlt hat. Es ist natürlich, dass unter diesen Umständen solche Verhältnisse zu Tage treten, wie sie sich herausgebildet haben. Niemand hat gedacht, dass diese Verhältnisse in einem so kurzen Zeitraume eintreten werden und es hat auch niemand eine

Ahnung gehabt, dass unsere Elektrizitätswerke Anlehen bei den Gaswerken machen müssen und dass die Versorgung mit Gas leiden könnte. Ich mache das dem Herrn Bürgermeister nicht zum Vorwurfe. Die Lage ist nun da und es fragt sich, was ist zu tun. Ich habe bereits in der Obmänner-Konferenz darauf verwiesen, dass das eine Frage ist, welche die gesamte Bevölkerung betrifft und dass es mir sehr peinlich gewesen ist, aus den Zeitungen zu erfahren, dass der Stadtrat bereits seinen Beschluss gefasst hat ohne das alle Parteien des Gemeinderates dazu ihre Meinung abgegeben haben. Ich habe den Herrn Bürgermeister gebeten, dass, wenn wieder einschneidenden Massnahmen, bezüglich des Betriebes der Strassenbahnen getroffen werden, vorher die Obmänner-Konferenz einberufen werde. Die Obmänner-Konferenz ist erst nach dem Stadtrat einberufen worden. Wenn die Obmänner-Konferenz vor vollendete Tatsachen gestellt wird, dann hat es keinen Sinn und Zweck, Es bleibt unter solchen Umständen nichts übrig als das zwecklose Mandat in der Obmänner-Konferenz niederzulegen, denn den Stadtrat durch einen anderen Antrag zu präjudizieren, das geht nicht.

Ich habe auch gefordert, dass unter allen Umständen mittags wenigstens durch 2 Stunden der Verkehr aufrechterhalten werde. Ich halte den vom Stadtrat Angermayer eingebrachten Antrag für unannehmbar und er würde böses Blut unter der arbeitenden Bevölkerung erzeugen. Ich bitte dem Antrage nicht die Zustimmung zu geben.

Der Antrag Klotzberg hätte die Konsequenz, dass von Seiten des Bürgermeisters erklärt, werde, ich kann die Verantwortung nicht tragen, ich werde den Betrieb gehen lassen, so lange ich Kohle habe, wenn ich keine mehr habe, so lasse ich den Betrieb auf.

Weiters glaube ich, dass es zu dem Antrage des Stadtrates doch ein Mittelding gibt und das ist dies, dass in der Mittagszeit der Verkehr durch 2 Stunden aufrecht erhalten bleibe.

Wir sollten wiederum dem Kriegsminister die ganze Situation vor Augen halten, da es sich bei der Einstellung der Verkehrsmittel auch darum handelt, dass eine grosse Anzahl von Arbeitern, die für den Kriegsbedarf arbeiten betroffen wird. So viel ich weiss, haben sich die Kohlenvorräte derart angehäuft, dass die Kohlenförderung eingeschränkt und Feierschichten eingelegt wurden. Es dürfte sich also nur um die Transport-Schwierigkeiten handeln und bei Ergreifung entsprechender Massnahmen muss eine entsprechende Wagensicherung erreicht werden. Der entsprechende Bedarf von Kohle muss dem städt. Elektrizitätswerke zur Verfügung gestellt werden, wenn wir sagen, dass die Einstellung des Mittagverkehrs eines blanke Möglichkeit ist. Ich bin mit dem Stadtratsbeschluss nicht einverstanden. Wir haben gelesen, dass der Arbeitsminister dem Kaiser mitteilte, dass die Bevölkerung sehr schwere Opfer auf sich genommen hat. Vielleicht sagt er jetzt neuerlich dem Kaiser, dass von der Bevölkerung ein Opfer gefordert wird, dass sie nicht ertragen kann. Nach meinem Antrag sollen wir also einen Beschluss fassen, nach welchem ein zweistündiger Mittagverkehr aufrecht erhalten werden soll. Sollte dieser Antrag von der Majorität nicht gutgeheissen werden, dann wünsche ich, dass wenigstens einige Tage der arbeitenden Bevölkerung Zeit gelassen werde, um sich den neuen Verhältnissen anzupassen. Offen und frei soll aber auch der Gemeinderat aussprechen auf das Elend, welches mit elementarer Gewalt uns trifft nicht bloss durch den Krieg verschuldet ist, sondern dass die Wurzeln dieses Übels schon früher vorhanden waren. Die volle Verantwortung hat demnach einzig und allein die Regierung zu tragen. (Lebhafter Zustimmung.)

GR. Hötzel: Aus den Ausführungen des Herrn Dir. Karel, die darin gipfeln, dass wir gegenwärtig so wenig Kohle haben, dass der Betrieb wenn er so aufrecht erhalten würde, wie es verlangt wird, in höchstens 8 Tagen eingestellt werden müsste, geht hervor, dass wir uns mit dieser Massregel abfinden müssen, oder aber Gefahr laufen, dass auch die Industrie aus der Stromlieferung ausgeschaltet werden muss. Die Bevölkerung in Wien hat sich während der Kriegszeit an alles gewöhnt, was man von ihr verlangt hat, nun wird ihr ein weiteres grosses Opfer auferlegt. Es ist aber schwer

durchzuführen, jene Leute ganz ohne Verkehr zu lassen, die heute auf das Mittagessen angewiesen sind, das ihnen zu Hause zubereitet wird. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn wenigstens bis Donnerstag die Möglichkeit gegeben würde, dass diese Arbeiter und sonstigen Angestellten die Mittagstage erhalten würden, um sich mittlerweile einen Ort zu suchen, wo sie ihr Mittagessen einnehmen können. Es ist auch notwendig, dass die Elektrizität für die kleinen Werkstätten mit Motorenbetrieb bleibt, weil sonst

viele Arbeiter brotlos würden. Um Kohlen nach Wien zu schaffen, könnte leicht auf der Linie Mähr.-Ostau - Wien so eingeschränkt werden, dass an Stelle von Personenzügen einfach Kohlenzüge eingeschaltet werden. Es wird dies Sr. Exzellenz nicht schwer fallen, die betreffenden Stellen darauf aufmerksam zu machen und es wäre dieser Ausweg gewiss sehr wünschenswert, dass bald wieder bessere Verhältnisse auf dem Gebiete der Kohlenversorgung eintreten.

GR. Eigner beantragt Schluss der Debatte. (angenommen)

GR. Emerling: Es ist auch notwendig, die Ausführungen des Direktors der städt. Elektrizitätswerke wenigstens einigermaßen einer Kritik zu unterziehen. Herr Dir. Karel hat erklärt, dass die städt. Elektrizitätswerke nur mehr für 4 Tage mit Kohle versorgt sind. Als wir hier den Antrag auf Einschränkung vorgelegt erhielten, waren noch ~~xxxxxxxxxxxxxxxx~~ Lagerbestände von 14.000 Tonnen vorhanden und es ergibt sich daraus, die Frage, ob nicht damals schon grössere Einschränkungen notwendig gewesen wären und es fragt sich weiters, was haben die Werke, was hat überhaupt die Gemeinde Wien und ihre Verwaltung in der Sache getan.

Dir. Karel hat als wesentlichen Grund die Einnahme von Petrovsky und den Ausfall der ungarischen Kohlen angegeben. Es wäre sehr verlockend hier über das Verhältnis mit Ungarn zu sprechen, das Österreich in dem Momente, wo die ungarischen Kohlen verloren gegangen sind, sofort erhalten muss, während wir von Ungarn auch noch nichts bekommen, was für den Verkehr ~~xxxx~~ ist.

Wenn alle Bemühungen der Verwaltung ergebnislos geblieben sind, so lässt das den Eindruck stehen, dass die Gemeinde Wien bei allen massgebenden Stellen misachtet wird und es wäre wohl am Platze zu untersuchen, warum eine so grosse Misachtung erfolgt. Vielleicht fehlt es an Energie, an ~~xxxx~~ Kraft oder an ~~xxxx~~.

Dir. Karel hat auch erklärt, dass es keine Ersparnis sei, wenn man das Licht drosselt, nach dem, was man uns hier erklärt hat, ist es ja gut, wenn wir nur 1 Tonne täglich ersparen. Was sich Kohlenmangel betrifft, so hat übrigens die Statthalterei an die Bevölkerung in Form der Aufforderung gerichtet, sich mit Kohle zu versorgen. Das scheinen Sie wenigstens getan zu haben, an allerwenigsten aber hat es die Statthalterei selbst getan, denn sie hat für ihre Bestrengnisse und solche Anstalten keine Kohlen.

Es wäre auch wichtig, zu sagen, um wieviel Menschen es sich bei der Auflassung des Verkehrs in der Mittagszeit handelt. Sie können ruhig rechnen, dass wir zu Mittag eine wahre Völkerwanderung haben. Weiters müssen Sie die Lage des Arbeitsortes und des Wohnortes des Arbeiters in Betracht ziehen, welche letzteren er sich nicht immer günstig gelegen wählen kann. Es kommt noch, dass plötzlich der Massregel, wodurch sie ~~xxxx~~ dass von morgen ab 10.000 von Menschen kein Mittagbrot haben werden.

Nun wurde auch von Ersparnissen in dem Zusammenhange gesprochen, dass Strom für technische Betriebe in den Abendstunden gedrosselt werden soll. Wir geben auch Strom ab an Provinzstädte, an die Pressburger- und Badenerbahn. Was ist da geschehen? Es wurde auch von der Ueberlandzentrale gesprochen. Da scheint ein Schmerzenskind zu sein. Seit Jahren wird an sie Geld gegeben in die Millionen, was das Werk geschaffen hat, wissen wir nicht. Es wurde auch davon gesprochen, dass, wenn nicht eine gewaltige Verminderung des Stromverbrauches eintritt, die Ersparnisse nicht besonders gross sind. Ich sage auch, dass die Strassenbahnbetriebe durch diese Massregel unter gar keinen Umständen geschädigt werden dürfen.

Die Ersparnis bei Licht halte ich für notwendig. Weiters schliesse ich <sup>nach</sup> dem Antrage des Kollegen Reumann an, den Verkehr in der Mittagsstunde aufrecht zu erhalten und ich erachte den Schritt zum Kriegsminister, um ihm die Sache darzulegen, als den wichtigsten.

Vize-Bürgermeister Hierhammer: Ich glaube, es wird den Herren angenehm sein, <sup>wenn</sup> dem Herrn Direktor Karel bezüglich des Zillingdorfer Werkes Aufklärung gibt.

Direktor Karel teilt mit, dass das Zillingdorferwerk an einem Tag und einem Tiefbau arbeitet und dass es zu Beginn des Krieges von der Behörde den Auftrag bekommen habe, den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Die Ueberlandzentrale ist die Arbeit bei Kriegsbeginn eingestellt worden, da alle Arbeitskräfte einrücken mussten. Die Ueberlandzentrale ~~xxxx~~ arbeitete für die Munitionsfabrik Enzesfeld.

Redner weist des Weiteren noch auf die verschiedenen Schwierigkeiten hin, die in der Lieferung des Stromes für die Stadt Wien zutage traten, und betont, dass Strom nach Baden und anderen Städten in ganz unbeträchtlicher Masse geliefert werde. Die Pressburger- und Badenerbahn müsse sich auch Beschränkungen gefallen lassen wie die Strassenbahn, was aber nicht in eigener Kompetenz liege.

GR. Wippl: Die Kontraredner haben sich übereinstimmend dahin ausgesprochen, dass wir den Betrieb während der Mittagszeit aufrechterhalten sollen. Das ist ausserordentlich sympathisch und wird in der Bevölkerung sehr wirken, aber wir im Stadtrate haben den vorliegenden Antrag nach allen Richtungen genau erwogen und nach den Berechnungen des Herrn Direktors Karel und des Herrn Direktors Spängler bleibt uns nichts anderes übrig, als den Betrieb von 9 bis 5 Uhr vollständig einzustellen. Esse Massnahme soll, wie betont wurde, ein Not-

~~Schrei sein~~ und wenn wir sie nicht durchführen, sagen sich die Behörden wieder, die freuten sich schon durch und versorgen uns wieder nicht mit Kohle. Der Redner betont, dass es sich notwendig erweise, für die Beförderung von Leidtragenden zu Leichenbegängnissen auf den Zentralfriedhof Sonderwagen bereit zu stellen, weil ein allgemeiner Betrieb auf der Linie infolge des grossen Andranges unmöglich wäre.

Ueber Antrag des GR. Dr. Klotsberg wird die Wahl von Generalrednern genehmigt und werden zu Generalrednern gewählt: GR. ~~xxxx~~ Lohner (kontra) und Bürgermeister Dr. Weiskirchner (pro).

GR. Lohner: erklärt, er sei vollkommen der Ansicht, dass die Kohlennot eine Verkehrsnote sei, die sich in einer Waggon- und Lokomotivnot konzentriert. Nach seinen Informationen habe eine Anordnung der gesamten Waggonindustriellen beim Finanzminister bei Beginn des Krieges vorgeschrieben und ihm vorgehalten, dass es ~~xxxx~~ am Platze wäre, Investitionen zu machen. Es sei erwidert worden, der Verkehr werde im Kriege ohnehin sehr abnehmen und es seien ohnehin keine Waggonen notwendig. ~~xxxx~~ habe sich bei den Lokomotiven abgespielt und ~~xxxx~~ hätten wir die Folgen davon zu tragen. Bei der Einführung eines Mittagsverkehrs handelt es sich nur um eine Aufwendung von 3% des ganzen Tageskonsums und der Gemeinderat kann nicht die Stirne haben, die gesamte Bevölkerung wegen dieser 3% Ersparnis zu Fuss laufen zu lassen. Er hoffe, dass die Mehrheit nicht dazu den Mut haben werde. Bei der Frage des Mittagverkehrs müsse man nicht nur auf den Arbeiter Rücksicht nehmen, der heute ohnehin viel verdient, sondern vor allem auf den kleinen Beamten ~~xxxx~~ der sich in der gegenwärtigen Zeit oft zu Mittag ~~xxxx~~ leisten kann, die kann er nur zu Hause haben. Der Redner spricht sein Bedauern darüber aus, dass die Direktion der städtischen Elektrizitätswerke nicht etwas früher auf die drohende Gefahr aufmerksam gemacht habe, und dass der ~~xxxx~~ Elektrizitätsausschuss der Gemeinde Wien nicht zu einer Beratung einberufen worden sei. Er richtet an die Direktion der städt. Strassenbahnen die Bitte, die in der Öffentlichkeit aufgetretenen Vorschläge, seien sie gut oder schlecht, zu erwägen und für die Zeit zum Uebergang in den normalen Verkehr vorzubereiten. Zum Schlusse ~~xxxx~~ verweist der Redner darauf, dass es sehr bedauerlich sei, dass unsere Strassenbahnen noch immer nicht über ein eigenes Elektrizitätswerk verfügen. Direktor Spängler werde als der grösste Stromkonsument gezwungen, den Strom bei Jemandem zu beziehen, der ihn monopolistisch aussaugt. Wenn Direktor Spängler in der Lage gewesen wäre, ein eigenes Elektrizitätswerk zu haben, dann hätte er sich

vielleicht eine gewisse Reserve schaffen können und es wäre nicht zu der gegenwärtigen folgenschweren Massnahme gekommen. (Beifall bei den Parteigenossen).

GR. Dr. Weiskirchner als Generalredner pro:

Wenn ich ausnahmsweise von diesem Platze aus das Wort ergreife, so fühle ich mich in loyaler Weise verpflichtet alle jenen Herrn Kontra-Rednern zu danken, welche in sachlicher Weise die weit in die Vergangenheit zurückreichenden Ursachen unseres Notstandes darlegte und die Schwierigkeiten würdigten, in welcher sich die ganze Kriegszeit hindurch die Gemeindeverwaltung befand. Nicht von mir, sondern von berufener Seite wurde erklärt, dass die Selbstverwaltung der Gemeinden sich in diesem Kriege bewährt hat. Allerdings wurde uns diese Anerkennung nicht in Österreich, sondern in Deutschland zu teil, und das in einer Zeit, wo ein gewisser ~~xxxx~~ durch unsere Regierung geht, angeht ich unter dem Titel der Stärkung der staatlichen Autorität die Gemeindeautonomie beschränken zu wollen. In diesem Kriege haben die Gemeinden den Zusammenbruch der Staatsverwaltung aufgehalten. ~~xxxx~~ In der opferwilligsten Weise haben alle freigewählten Vertreter der Gemeinden ihr Bestes geleistet um die Belohn des Volkes zu lindern und dem Principe des Durchhaltens gerecht zu werden. Aber ~~xxxx~~ aus allen Rotten ist die Ueberzeugung durchgeklungen, ~~xxxx~~ und dass auch die anderen Faktoren ebenso opferwillig mitwirken müssen, um zu jener Höhe zu gelangen, das wir alle erstreben wollen: den Endsieg. Dieser unerbittliche Weltkrieg der Europa in ein Meer von Blut versenkt, ist zur Transportfrage geworden.

Sie haben Dir. Karel den Vorwurf gemacht, er hätte voraussehen sollen, es ist selbstverständlich erwiesen, dass wir durch Monate hindurch alles getan haben, was in unserer Macht liegt, um Wien mit Kohlen zu versorgen. Hat vielleicht Dir. Karel den verschärften U-Boot-Krieg im November voraussehen können? Was ist seine Folge? Dass Deutschland gezwungen ist, die neutralen Staaten mit Kohle zu versorgen. Ich habe keine offiziellen Daten, aber in der neuen freien Presse ist festgestellt, dass Deutschland monatlich 32.000 Tonnen Kohle nach Holland liefern muss. Ein solcher Export ~~xxxx~~ natürlich die einheimischen Vorräte. ~~xxxx~~ hat auf die Zerstückelung der Steinkohlenbergwerke in Petrovsky hingewiesen. Die Munitionsindustrie ~~xxxx~~ hat ~~xxxx~~ den Frost voraussehen können der so ~~xxxx~~ ist und schon über 3 Wochen andauert? Im Verlaufe haben wir um diese Zeit die Importe aus Rumänien ~~xxxx~~. Die Regierung ist von der Gemeindeverwaltung nicht nur in Stagnation, sondern auch durch persönliche Verhältnisse mit allen Bedrückungen ~~xxxx~~ auf die drohende Katastrophe aufmerksam

gemacht worden. Am 3. Februar hat uns der Arbeitsminister gerufen und uns die Situation in einer solchen Weise dargestellt, dass wir, wie auch Kollege Neumann gesagt hat, selber Stierasch waren. Vorigen Donnerstag hat mich der Ministerpräsident gerufen und am Freitag war ich im Standorte des Armes-Oberkommandos. Während dem telephonierte der Ministerpräsident an meine Berufung. Kollege Rein ging für mich hin und in dieser Sitzung wurde ausgemacht, dass nachmittags eine Kohlenverorgungs-kommission konstituiert werden müsse. Zurückgekehrt habe ich um 6 Uhr abends noch die Kommission ins Leben gerufen. Wir haben uns sofort bereit erklärt die Kohlenlagerplätze zu vermindern und alles durchzuführen, um einen Erfolg zu sichern, was aber der Herren gesagt. Vor allem muss Kohle nach Wien kommen. Wir haben die Anlage von 7 neuen Kohlenplätzen in Durchführung, 3 sind fertig. Die Kohle sollte an Nordwestbahnhof ankommen, heute mittags wurde der Bahnhof gesperrt und morgen kann ich keinen Kohlenverkauf stattfinden. Wir sind die das zurzeit liegen. Der Gemisch der Kohle, weil sie ihre Pflicht restlos erfüllt hat.

Es handelt sich ja nicht bloß um den Transportverkehr, sondern auch um die Hausbrandkohle für 500000 Haushalte in Wien. Das ist ein Mensch da nicht, wenn es gar nicht mehr anders geht, nicht über zu Fuss gehen, als dass er sich beim warmen Wasser mehr zu den Haus zu lassen die, was ein Wunderkind ist. Die Kohle hat heute keine Kohlen für das Heizen, wir haben, requisieren sie einfach in jedem Haushalt, in jeder Kohle. Es ist ja eine kindliche Naivität, die diesen Mann spricht, der nicht weiß, wie schlecht gekleidet Frauen und Kinder sind um ein paar Kilo aus Kohle anzuheben müssen. Das sind nur einzelne Straßlichter, aber die meisten sind nur Gedulge, welches Verständnis wir für die Bevölkerung in jenen Tagen herrscht, die Volk- und Weltfreund ist.

Der Reichsrat hat gemeint, ich soll den Minister gehen und die Verantwortung abgeben. Das hat sich mir angestanden, denn der Effekt einer solchen Ablehnung war stets Null. Was die Mandats-Niederlegung anbelangt, habe ich auf einem anderen Standpunkte, da würde niemand für uns alle eine grosse Verantwortung sein, aber wir haben die Verantwortung nicht nur für die Gegenwart, sondern auch vor der Herr der Geschichte. Durch den Willen der Wähler bisher laufend, sind wir verpflichtet, wie die Soldaten im Felde auszuhalten und alles aufzubringen, dass auch in dieser Zeit der Hilfe des Volkes noch zur Geltung kommt. Ist nicht gerade der heutige Tag das stärkste Argument hierfür und ist nicht gerade ein Blick, dass wenigstens der Gemeinderat sagt, der Parlament noch weiß was er will, nicht nichts zu sehen ist. Wenn wir auch nicht wissen, was nicht wissen, was gut, die Wahrheit zu suchen, hat jeder von uns. Das ist...

Wenn ich die Ausführungen des Sir. Karel verfolgte finde ich den springenden Punkt darin, dass wir drei Gattungen von Konsumenten haben. Die Abgabe von Strom für Licht, von Strom für Gewerbe und Industrie und endlich für die Strassenbahnen. Die Abgabe von Licht haben wir bereits so stark reduziert, dass die grössten Reparationsmassnahmen nicht mehr viel nützen.

Die Hauptkonsumenten sind das Gewerbe und die Industrie. Hat jemand den Mut mit Restringierung von Strom für diese an das Mark des Wirtschaftslebens hinauszugreifen. Was bleibt also übrig, die Einstellung der Strassenbahn. Meine Herren, keinem in diesen Saale hat diese Massnahme stärker ans Herz gegriffen, als mir. Ich habe schweren Herzens habe ich mich dazu entschlossen, wenn ich es getan habe, dann aus dem Grunde weil ich glaube, dass diese Massnahme ein Mene Tekel für die Regierung ist, endlich einzugreifen. (Stürmischer Beifall).

Ueber Wunsch der Obmänner-Konferenz haben wir für morgen den Besuch beim Ministerpräsidenten angemeldet. Graf Ciam-Martini ist unwohl, wir werden deshalb von Minister des Innern in Beisein des Arbeitsminister empfangen werden und ich glaube Ihnen versichern zu können, dass wir all das, was heute in diesem Saale gesprochen wurde, und am Aufschrei geklungen ist mit allen Nachdrucke den Vertretern des Kabinetts sagen werden.

Damit wir aber einen Wunsch der Opposition entgegenkommen, weil es vielleicht möglich ist, dass durch unsere Vorgesprache im Ministerium eine Linderung der Not, ein grösserer Zuschuss von Kohle zu erreichen ist, stelle ich den Antrag, dass der Stadtratsbeschluss von 10. ds. betreffend die Einstellung des Strassenbahnbetriebes nicht morgen Dienstag, sondern erst am Donnerstag in Wirksamkeit tritt. (Lebhafter Beifall).

Es ist der Regierung in der letzten Stunde Zeit gegeben um zu überlegen, was sie willens ist, der Stadt zu helfen, bevor die Not des Volkes immer noch grösser wird. Wenn Sie meinem Antrage zustimmen, kann wird auch den intentionen der Bevölkerung entsprechen, wir sind vor der Bevölkerung gerechtfertigt, wenn auch das letzte Mittel und der letzte Appell an die Regierung versagen, um einen schweren wirtschaftlichen Eingriff zu verhindern. (Lebhafter anhaltender Beifall).

Nach dem Schlussworte des Referenten Baurates Schneider wird zur Abstimmung geschritten.

Der Stadtratsantrag wird einstimmig mit dem Zusatz des GR. Dr. Mittler (der als Redner zum Worte gemeldet, aber infolge der Wahl von Generalrednern nicht zum Worte kam) angenommen „bis zum Wiedereintritt normaler Kohlenversorgungsverhältnisse“. Der Beschluss lautet dahin:

Der Betrieb der städtischen Strassenbahnen ist bis zum Eintritte normaler Kohlenversorgungsverhältnisse in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags sowie nach 10 Uhr abends gänzlich einzustellen. Ebenso werden die Zusatzanträge des GR. Dr. Klotzberg, des GR. Angermayer, sowie der eine Antrag des GR. Dr. Schwarz-Miller bezüglich Berücksichtigung der Ansätze von gerichtlichen Terminen, etc. angenommen.

Schliesslich wird der Antrag des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner einstimmig unter lebhaften Beifall angenommen.

GR. Neumann: Die Abstimmung ist falsch, das ist in meinem Antrag.

GR. Melcher: Das ist eine Vergewaltigung. (Unruhe und Widerspruch).

Der Vorsitzende xx Vize-Bürgermeister Hierhammer schliesst um dreiviertel 10 die Sitzung.

Von der Strassenbahndirektion wird uns mitgeteilt:

Infolge der Kohlennot im städt. Elektrizitätswerk hat der Gemeinderat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, den Betrieb der städt. Strassenbahn bis auf Weiteres in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags, sowie nach 10 Uhr abends gänzlich einzustellen; diese Massnahme aber erst von Donnerstag den 15. d. M. an eintreten zu lassen, um der durch die Einstellung betroffenen Bevölkerung Gelegenheit zu geben, sich entsprechend vorzubereiten.

Auch der Dampfstrassenbahn- und der noch bestehende Autobusbetrieb erfährt dieselben Einschränkungen.

Alle oben angegebenen Zeiten gelten ab Ring; die letzten und die ersten Wagen fahren also 30 bis 40 Minuten früher von den äusseren Endstationen ab.

Nach 10 Uhr abends wird nach Bedarf für die in Wien mit dem Vollbahnhof ankommenden Fahrgäste auf der kürzlichen eröffneten Bahnhof-Linie ein Verkehr eingerichtet. Zwischen 9 Uhr vormittags und 5 Uhr abends findet jedoch ein solcher Verkehr nicht statt.

Aus Anlass der zeitweiligen Betriebs-einstellungen wird den Besitzern von tarifmässig bezahlten und noch gültigen Zeitkarten (Satz- und Streckenkarten) freigestellt, diese gegen Rückzahlung des auf die restliche Gültigkeitsdauer verhältnismässig entfallenden Teiles vom Kaufpreis zurückzugeben.

Ab Dienstag, den 13. Februar ist das Rauchen auf den Strassenbahnwagen ausnahmslos verboten und wird gleichzeitig die vordere Plattform der Anhängewagen auf der Einsteigseite geöffnet und ohne Verschluss offen gelassen. Nur bei den Anhängewagen mit geschlossenen Plattformen wird die Öffnung der seitlichen Schiebetür aus technischen Gründen erst in einigen Tagen durchgeführt.

Kant. Bril

der Kaufpreis  
beft.

14 1/2

